

Zwei Siege über den Reformismus

Am vergangenen Sonntag hat die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats, die KPD, zwei große Siege über den Reformismus errungen. In Berlin liegt die Wite der Opposition bei den Freidenkterwahlen, bei den Landwahlen im Saargebiet nahm unsere Partei der SPD die führende Stellung im Proletariat ab. Diese beiden Wahlen, besonders wichtig als Auftakt zu den Reichstagswahlen, bestätigen, was schon die letzte hampurger Wahl aufgezeigt hatte, daß die Linksbewegung einen neuen Charakter annimmt; während der kommunistische Flügel weiter vormalisiert, erleidet der Reformismus die ersten Niederlagen. Die reformistischen Niederlagen vom Sonntag sind besonders gewichtig, die Freidenkterwahlen bringen die erste große Niederlage der SPD in einer so bedeutenden Massenorganisation, wie es der Freidenkterverein ist, die Landwahlen im Saargebiet sprechen ein gewichtiges Urteil der Massen über die Parteipolitik der SPD.

Bei den Freidenkterwahlen in Berlin hatte die SPD rüchlingslos den Apparat, der sich vollständig in ihrer Hand befindet, gegen die Opposition eingesetzt und mit dem größten Aufwand an Energie alle ihre Kräfte mobilisiert. Dennoch erhielt die Opposition eine Mehrheit von 709 Stimmen. Die oppositionelle Liste wählte 4236 Mitglieder, die denagogisch „Aufbau“ genannte SPD-Liste nur 4189. (Der Wahlgewinn verankert die SPD allerdings eine Mehrheit von Mandaten, 19 Reformisten gegen 17 Mandate der Opposition.) Die Wahlsieger allein aber geben noch kein genügendes Bild über die Steigerung des kommunistischen Einflusses in der wichtigsten Freidenkterorganisation Deutschlands. Man erhält ein richtiges Bild über den Fortschritt des kommunistischen Einflusses bei den Freidenktern erst, wenn man sich die besondere Lage dieser Organisation und die besonderen Berliner Verhältnisse vergegenwärtigt.

Die Freidenkterorganisation müht sich gegenwärtig mit der Zahl von Mitgliedern, vor allem deshalb, weil sie den Arbeitern, die in der kapitalistischen Gesellschaft zu verelenden sind, daß sie nicht einmal ihre Begräbniskosten aufbringen können, die unentgeltliche Feuerbestattung gewährt. Große Massen der Freidenktermitglieder gehören der Organisation weniger als Freidenkter, denn vielmehr als Begräbnisversicherte an. Gerade unter diesen Umständen hätte die SPD mit ihren Vorkämpfern gegen die Gefahr einer kommenden kommunistischen Minderzahl im Verband, wenn die Opposition keine Minderzahl, die die Arbeiter um ihre Versicherungsgeldern bringen würde, eine große Mehrheit gegen die revolutionäre Opposition aufzubringen. Als im Herbst 1927 in Berlin in zahlreichen Bezirksvereinen die Opposition zum ersten Male siegte, da legte der rüchlingslose Terror des Apparats ein, die reformistische Zeitung konnte, mit einer hundertmaligen Anzahl der Mehrheiten, die sich in den Bezirksvereinen durch die Aktivität der Opposition, wie die SPD annahm, nur auf Grund der Passivität der großen Massen der Mitglieder ergeben hatte, zu brechen. Die reformistische Zeitung konnte erst dann zum Herr über alle ihre Mittel zur Vorbereitung der großen Zählung. Das Freidenkterorgan war ein einziges dummes, hilflos auf dem Rasen platzen gegen die Opposition. Die Verhandlungsführer, verhältnismäßig gutbezahlte Bureaucraten der Reformisten, die ausschließlich Mitglieder der SPD entfalteten bei der Mitgliederversammlung gegen die Opposition. Mit Hilfe des Adressenmaterials der Mitglieder wurden die Beamten inwieweitlich zur persönlichen Bezeichnung der nicht parteimäßig bereits gedruckten Mitgliederversammlung angeboten. Aus dem Rülle bekannt, wie die SPD-Setztische Schulungskarte darüber abhielten, wie viele Bearbeitungen durchgeführt werden müßte. Die Opposition dagegen verfügte weder über das Verbandorgan, noch über einen Apparat, noch über ein irgendeine bedeutendes Adressenmaterial der Mitgliederversammlung. Und dennoch in der Wahl der SPD die Opposition. Es ist ein Sieg der revolutionären Freidenkterpartei über den Reformismus und seinen Apparat. Ein Sieg, der gleichzeitig die fortschreitende Sympathie der KPD bei einem Teil des aufklärten Proletariats anzeigt.

Nicht minder bedeutend ist unser Wahlsieg im Saargebiet. Unsere Partei gewann dort 6193 Stimmen. Die SPD verlor 2236 Stimmen. Bisher war nach dem Zentrum die SPD die stärkste Partei mit 46667 Stimmen. Infolge die SPD mit 40231 Stimmen. Jetzt führt die KPD mit 46407 Stimmen, die SPD ist zurückgefallen, sie zählt nur noch 43411 Stimmen. Das ist zum ersten Male im Saargebiet die Mehrheit der sozialistischen Stimmen erhoben, jetzt schon die Größe unseres Erfolges in diesem wichtigen industriellen Bezirk. Aber der Erfolg erwacht sich noch größer, wenn man berücksichtigt, daß die letzten Wahlen unserer Partei schon einen ganz außerordentlich großen Erfolg auf Grund besonderer Verhältnisse gebracht hat. Die Wahlen fanden im Januar 1924 unmittelbar nach dem Verrat in dem Bergarbeiterkampf, unmittelbar nach den Auswirkungen der Seeidiotie im Reich statt. Wenn wir selber im Proletariat unsere Stellung verbessern und bei der Wahl trotz größerer Stimmabgabe die alte Position halten konnten, während die SPD nur 19,5 Prozent der Gesamtstimmen 1924 jetzt nur noch 13,5 Prozent erhielt, so zeigt das noch nicht das rasche Tempo unseres neuen Vormalisierungs in den letzten Monaten. Auch im Saargebiet hatten wir wie in ganz Deutschland die Positionen von 1924 eingebüßt. Das bewies eine ganze Reihe von Gemeindevahlen und dergleichen in der Zwischenzeit. Deshalb ist das Wahlergebnis vom Sonntag ein noch größerer Sieg, als aus der Stimmabgabeverteilung ersichtlich ist. Im Saargebiet bestätigt sich, wie gelangt, was schon Hamburg, Königsberg usw. aufgezeigt. Innerhalb der Linksbewegung tritt eine neue Entwicklung ein. Während der revolutionäre Flügel weiter vormalisiert, während die KPD sich insbesondere in den industriellen Zentren dauernd vergrößert, beginnen bei der SPD, die bisher am stärksten von der Linksbewegung profitierten hatte, die Rückfälle. Die Saarwahlen sind naturgemäß nicht vollständig typisch für die Entwicklung in Deutschland. Aber die charakteristischen Erscheinungen zeigen sich dort ebenso wie in Deutschland, wie in ganz Europa. Scheinbare Siege der Reformisten, tatsächliche Siege der Kommunisten waren alle letzten Abstimungen in Deutschland sowohl wie in Polen, in Frankreich, wie selbst in England. Im Saargebiet hat die bürgerliche Front keine eindeutige Niederlage erlitten. Schmer geladene wurde die Partei der Großindustriellen, der saarländische Flügel der Deutschen Volkspartei. Diese Partei der Röllings verlor ein Drittel ihrer Stimmen. Zwanzigtausend Stimmen mehr, allerdings nur an der Wahlbeteiligung gemessen, die gleich prozentuale Stimmenzahl wie im Januar 1924 erreichte das saarländische Zentrum. Diese Partei hatte mit einer christlichen Opposition zu kämpfen, der christlichsozialen Partei, die beim ersten Auftreten 9302 Stimmen und damit auch ein Mandat gewann.

Die Buchdrucker fordern Aufnahme des Kampfes

Große Protestversammlung der Buchdrucker in Berlin / Für die Kampfforderungen der Opposition

Berlin, 27. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fanden in Groß-Berlin die Bezirksversammlungen des Buchdruckerverbandes statt. Die Versammlungen waren sämtlich überfüllt. Es herrschte die größte Empörung über die Provokation der Unternehmer und des Reichsarbeitsministers. Einmütig waren die versammelten Buchdrucker des Gedankens, daß man sich unter keinen Umständen die jedem Schiedspruch unterwerfen kann, sondern daß man im Kampf die gestellten Forderungen erzwingen muß. Die Verbandseitung erklärt zwar, daß der Spruch n unannehmbar sei, sie weh aber keinen konkreten Weg aufzuzeigen, der gegangen werden muß. Die Redner der Opposition zeigten den Weg, wo sie auch die Zustimmung der Versammelten fanden. Im 1., 2., 3., 4. und 8. Bezirk wurden die von der Opposition eingebrachten Entschlüsse mit großer Mehrheit, in einzelnen Versammlungen einstimmig angenommen. Im 5. Bezirk wurde sogar eine Resolution eines sozialdemokratischen Kollegen angenommen, die im wesentlichen der Auffassung der Opposition entspricht und den Kampf gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch fordert. Morgen findet in Berlin eine außerordentliche Funktionärversammlung statt.

In der Mitgliederversammlung der Buchdrucker Jena wurde einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

„Die Versammlung der gesamten graphischen Arbeiterschaft Jena fordert die beteiligten Verbandsvorstände auf, den beschrittenen Weg des Kampfes um die noch zu minimale Lohnforderung bis zur reiflichen Erfüllung weiterszugehen, und fordert Einkehrung auch des letzten Kampfmittels, auch gegen einen ungenügenden verbindlich erklärten Schiedspruch. Die Versammlung gelobt treue Kampfgelöbigkeit bis zum letzten.“

Eine ähnliche Resolution wurde auch in Gera angenommen. In Köln haben zehn Firmen die Forderungen der Buchdrucker in Erfüllung. Im ganzen Reich fordern die Buchdrucker die Aufnahme des Kampfes.

Die Verbindlichkeitsklärung — einen Tag nach der Massenandienung der Buchdrucker — ist eine bewußte unrichtige Denunziation der Buchdruckerarbeit. Sie haben die Nachricht von der Verbindlichkeitsklärung mit unbedingter Empörung aufgenommen. Trotz der glänzenden Konjunktur, trotz der ausgewählten Reizpreise der Unternehmer sollen die Buchdrucker mit einer Zulage abgepöcht werden, die nicht ein-

fernt die Steigerung der Lebenshaltungskosten während des ablaufenden Tarifjahres wettmacht. Und das, obwohl am Ende der Massenandienung ein Teil der Unternehmer die geforderten 10 Mark bewilligt hätte, ein Teil 5, 6 und 7 Mark Zulage bei der Reichsarbeitsminister hat provokatorisch auf die Massenandienung geantwortet, er hat als ausführende Organ des Unternehmertums die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen. Der Reichsarbeitsminister hat die Buchdrucker noch verächtlich behandelt als die Buchbinder, die am 23. März in einem Schiedspruch 3,81 Mark wöchentliche Zulage (8 Pf. pro Stunde) geworfen bekamen. Empörungswelle haben die reformistischen Führer des Buchdruckerverbandes diesen Vorkätschaden sofort angenommen und das gemacht, was die Unternehmer wollten, nämlich die graphische Kampffront zerfallen. Aber die Buchdrucker sind stark genug, trotzdem den Kampf aufzunehmen. Die Opposition hat von Anfang an betont, daß mit einer Verbindlichkeitsklärung zu rechnen ist, die übergrößer Mehrheit der Kollegenschaft hat ihr zugestimmt, indem sie in angenehmen Relationen betonte, daß auch gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch gekämpft werden müsse.

Die Buchdrucker dürfen sich jetzt der Verbindlichkeitsklärung unter keinen Umständen fügen. Sie sind stark genug, auch gegen den Beschlüssen des Unternehmertums, den Reichsarbeitsminister, den Kampf siegreich zu führen. Die Buchdrucker müssen jetzt alles einleiten, um zu verhindern, daß die Verbandsinstanzen eine schamvolle Kapitulation vollziehen. Wohl ist aus dem Verbandorgan zu ersehen, daß die Verbandsinstanzen keinen Kampf wollen. Aber trotzdem müssen die Buchdrucker die Aufnahme des Kampfes erzwingen.

Wenn die Buchdrucker jetzt kämpfen, so werden sie nicht nur für sich eine höhere Zulage herausbekommen, sie kämpfen für die Gesamtarbeiterschaft gegen den Schlichtungsbetrug. Die Sympathie und Unterstützung der Gesamtarbeiterschaft ist ihnen dabei gewiß.

Bei der ungeheuren Empörung der Buchdrucker ist jetzt auch mit der Möglichkeit von Teiltreibern und selbständigen Streikern einseiner Sparten zu rechnen. Wir appellieren hiermit schon heute an die Gesamtarbeiterschaft, überall dort, wo es zu solchen Aktionen kommen sollte, die Kämpfenden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. In der heutigen Situation würden selbst solche Einzelaktionen alle Ausschichten auf Erfolg haben, sie würden vor allem als Hammerhiebe gegen die kapitalistische Schlichtungsmaschine eine ungeheure Bedeutung für alle Arbeiter haben.

Verhöht, betrogen und bis aufs Blut promoviert, bleiben den Buchdruckern, wenn sie sich nicht ganz als Heloten behandeln lassen wollen, nur der Weg des Kampfes. Sie haben mit dem Widerstand der reformistischen Verbandsinstanzen zu rechnen. Aber es gilt, alles daranzusetzen, um diesen Widerstand zu brechen und die Aufnahme des Kampfes zu erzwingen.

Aufmarsch des RFB

Hamburg, 26. März

Anlässlich der 5. Reichskonferenz des Roten Frontkämpferbundes fand gestern ein Generalaufmarsch des RFB, Ortsgruppe Groß-Hamburg, statt. Schon am frühen Vormittag marschierten die roten Arbeiterbataillone von ihrem Sammelplatz durch die Stadt nach dem Sportplatz in Braunschweig. Tausende und aber Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen fanden auf den Straßen Platz. Auf dem Sportplatz formierte sich nach dem Treffen der einzelnen Kolonnen ein gewaltiger Zug nach dem Dulsberg. In Hestbroek erfolgte der feierliche Vor der Bundesversammlung und den zur Reichskonferenz erschienenen Delegierten. Bei Eintreffen des Zuges umarmten viele Tausende der werktätigen Bevölkerung den Aufmarschplatz.

Die Kameraden Veom und Wader sprachen in den verarmten Massen, und herzlich erneuerten die Roten Frontkämpfer ihren Bundschuh; zu kämpfen gegen die Feinde der Arbeiterklasse, gegen die Ausbeuter, gegen den Faschismus, gegen den imperialistischen Krieg, für die Befreiung des Weltproletariats.

Die Sympathie der Hamburger Arbeiterklasse gehört der Roten Front, das haben die Jehntausende bezeugt, die den Roten Frontkämpfern bei ihrem Aufmarsch durch die Stadt begleitet haben.

Im Laufe der Sonnabendaktion sprach Kamerad Veom das Wort. Die wichtigsten Aufgaben im vergangenen Jahr waren der Kampf gegen den Imperialismus und Nationalismus. Die Befreiung der Bürgerblockregierung und der Koalitionspolitik ist eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse. Der RFB steht in diesem Kampf an einem bestimmten Frontabstand. Er hat keine speziellen Aufgaben; die Befreiung des von der Bürgerblockregierung unterführten Nationalismus, d.h. der Kampf gegen die bürgerlichen und reformistischen Führer des Reichsbanners, die die Bildung des Bürgerblocks unterstützen.

Kamerad Veom hob hervor den wichtigsten Kampf der Roten Front gegen die Militarisierung der Jugend, gegen Schand- und Schmutzgelei, gegen die Arbeitsdienstpflicht. Der RFB muß die Arbeit der Roten Front auf freitags unterstützen. Die Aufklärungsarbeit unter den Geanern muß als politische Massenarbeit geführt werden.

Durch die Tätigkeit des RFB und schon viele geplante Angriffe der Reaktion auf die werktätige Bevölkerung verhindert worden. So sind die Hoffnungen der Reichsdeutschen und ihrer Geldgeber auf dem vorjährigen Aufmarsch des Stahlhelms, des Reichsfrontsoldatentages in Berlin durch die Arbeit des RFB ins Wasser gefallen.

In den Gemerkschaften muß die Opposition durch den RFB unbedingt unterstützt werden. Der Kampf gegen die reformistischen Gemerkschaftsführer, die die besten Stützen der Unternehmer sind, darf nicht unterbunden werden. Jeder Rote Frontkämpfer muß Mitglied der freien Gemerkschaften sein.

Für die nächste Zeit ist die Mobilisierung der Arbeiterklasse zu den Wirtschaftskämpfen und zu den kommenden Wahlen der wichtigste Faktor in der Arbeit des RFB. Die Entschlossenheit des Kampfes zwischen Proletariat und Bürgertum fällt nicht im Parlament. Die Wahlen sind nur ein Gradmesser der Stimmung und Entwicklung im Proletariat. Die Parole des RFB gegenüber dem Reichsbanner ist: Heraus aus dem Reichsbanner — hinein in den RFB!

In der Diskussion wurde von allen Delegierten die Notwendigkeit der freigewerkschaftlichen Arbeit und Organisierung betont.

Hervorzuheben ist der Erfolg der Chemnitzer Organisation, wo die Kameraden durch ihre unermüde Tätigkeit die Arbeiterklasse zum gemeinsamen Aufmarsch am 1. Mai mobilisiert haben. Die SPD-Führer mühten dem Druck der Arbeiter nachgeben und sich zur Teilnahme an der gemeinsamen Demonstration bereitwillig.

Die ostpreussischen Kameraden haben es durch gute Gegenarbeit verstanden, ganze Reichsbannergruppen zum Uebertritt zum RFB zu bewegen.

Am folgenden Tage fand um 12,30 Uhr der Generalaufmarsch der Hamburger Kameraden statt (l. o.).

Am Nachmittag tagte die Konferenz weiter. Der erste Bundesführer Thälmann sprach über die politische Lage und die Aufgaben des RFB. (Bericht folgt.)

Freidenkterwahlen in Berlin

Ein guter Erfolg der Opposition

Die am Sonntag in Berlin stattgefundenen Wahlen bei den proletarischen Freidenktern ergaben folgenden Endergebnis:

Wite Opposition 42338 Stimmen

Wite Aufbau (SPD) 41849 Stimmen

Die Opposition hat damit eine Mehrheit von 709 Stimmen gegen die SPD-Liste erhalten. Trotz dieser Mehrheit ergibt sich aus der Wahlkreisgeometrie eine ungenügende Verteilung der Mandate: Gruppenleitungen und der Delegierten zur Generalversammlung. Die sozialdemokratische Liste Aufbau erhält 19 Mandate, die Opposition nur 17 Mandate.

Wieders glücklich für die Opposition hat der 5. Wahlkreis gewählt.

Der Vorstand des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, unter der Leitung des berühmten Max Si e n e s, hat durch diese Stimmenabgabe für die Opposition eine starke Niederlage erlitten. Man muß bedenken, daß diese Wahlen seit dem vergangenen Jahr ein unerhörte Terror gegen die Opposition innerhalb der Freidenkterorganisation vorausging. Der Vorstand hielt die oppositionellen Bezirksleitungen von der Arbeit fern. Versammlungen der Organisationen mit oppositioneller Mehrheit wurden verboten, die Stellung von Referenten verweigert. Eine ganze Reihe von oppositionellen Bezirksleitern und Funktionären wurde aus dem Verband ausgeschlossen. Die Mitbestimmung der Unterbezirksleitungen in der Leitung der Kassengehalte beseitigt, und dieser Terror gegen die Opposition durch Wahlrückstellungen, die jede Möglichkeit zu Wahlschiebungen geben, gefördert.

Die Mehrheit, die die Opposition trotzdem bei den Freidenkter-Wahlen errang, ist eine Demonstration gegen die reformistische Spaltungspolitik und sozialdemokratische Koalitionspolitik mit dem Zentrum, wie sie durch den Freidenkter-Vorstand vertreten wird. Das Ergebnis der Wahl zeigt eine kraftvolle Front der Opposition innerhalb der Massenorganisation der proletarischen Freidenkter!

Metallarbeiterfrei in Sangerhausen

In Sangerhausen sind die Metallarbeiter der Sangerhauser Maschinenfabrik in den Streik getreten. Die Belegschaft der anderen Betriebe werden nach folgen. Der Streik ist ausgebrochen, weil die Unternehmer, die im Arbeitgeberverband des Bezirks Südharz organisiert sind, nicht einmal die für die gesamten mitteldeutschen Metallarbeiter distierte Lohn-erhöhung von 5 Pf. gewähren wollen.

gegen den Abbruch der Wirtschafts-Beziehungen mit Sowjet-Rußland

Massenkundgebung

Heute Dienstag, 19,30 Uhr, im Kristallpalast, Dresden-Friedrichstadt, Schäferstraße

Erwerbslose! Alles 18 Uhr zur Erwerbslosenkundgebung im Reichsbanner, Dresden-N., Bischofsweg!